OZEANIEN

Warnung vor Gegenwehr

Zweimal bereits wandten sich die Salomonen, der aus 922 Inseln bestehende Südseestaat, wegen einer Eingreiftruppe vergeblich an die Uno. Nun sollen die Nachbarländer unter australischer Führung etwa 2000 Soldaten und Polizisten entsenden, um den seit 1998 von sozialen und ethnischen Unruhen erschütterten Archipel endlich zu befrieden. Die Zustimmung des Parlaments in der Hauptstadt Honiara diese Woche ist nur noch Formsache. Ministerpräsident Allan Kemakeza selbst hatte am 5. Juni in Canberra um Hilfe gebeten; 16 Pazifikstaaten beschlossen jetzt, die anarchischen Zustände für die 500 000 Inselbewohner zu beenden. Der für Ende Juli vorgesehene Militäreinsatz, an dem sich Australien mit 1700 und Neuseeland mit 230 Mann beteiligen wollen, wäre der größte in der Region seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Australiens Premier John Howard rechtfertigt sein Eingreifen mit dem Argument, die Inselgruppe sei womöglich ein Hafen für „Drogenhändler, Geldwäscher und Terroristen“. Dabei verunsichert das Land derzeit vor allem ein einzelner Warlord namens Harold Keke, der sich mit seinen Getreuen auf der Hauptinsel Guadalcanal verschanzt hat. Keke werden mindestens 50 Morde und zahlreiche Entführungen zur Last gelegt. Seine Leute brannten Dörfer nieder und beschossen die Residenz des Premiers. Als einziger Milizenführer weigerte Keke sich, einen Waffenstillstand zu unterzeichnen. Australiens Regierung kommt das Hilfsbegehren sehr gelegen. Howard möchte im Südpazifik nur zu gern als Ordnungsmacht auftreten. „Gegenwehr ist Selbstmord“, warnte sein Außenminister Alexander Downer die Aufständischen. Um die einstigen „Inseln des Glücks“ politisch und wirtschaftlich auf Vordermann zu bringen, veranschlagt das regierungsnahe Institut für Strategische Studien rund zehn Jahre und eine halbe Milliarde Euro.

EU-VERFASSUNG

Zeitplan in Gefahr

Mit einer nur drei Zeilen langen Begründung provoziert Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker womöglich weitreichende Konsequenzen für die EU. Auf der Basis dieser knappen Erklärung beschloss das Kabinett des Kleinstaats, die neue EU-Verfassung nicht wie sonst üblich durch das Parlament in Kraft zu setzen. Stattdessen sollen die rund 440 000 Luxemburger in einer Volksbefragung entscheiden – der ersten seit 60 Jahren. Damit setzt der Mustereuropäer Juncker Demokratie-Maßstäbe, die das ganze Projekt, zumindest aber dessen Zeitplan, gefährden können. Neben Luxemburg werden entsprechend ihrer Verfassung auch die Iren abstimmen; Dänemark hat sich auf ein Referendum festgelegt, in Großbritannien ist es wahrscheinlich. Unter Berufung auf Gründungsmitglied Luxemburg könnten nun, so fürchten EU-Beamte, die Oppositionen in Tschechien, Polen oder bei anderen Neumitgliedern ebenfalls Volksentscheide fordern. Allein wegen der aufwendigen Organisation solcher Referenden könnte das Inkrafttreten zu Beginn 2006 in Frage gestellt werden. Falls auch nur ein Mitgliedstaat Nein sagt, ist das Verfassungsprojekt sogar gescheitert. Das Risiko ist groß – nicht nur wegen der Euroskeptiker in den Beitrittsländern. Die Iren stimmten schon der EU-Reform von Nizza erst im zweiten Anlauf zu.

RALF HIRSCHBERGER / DPA

Juncker

HEIDI BRADNER / PANOS PICTURES

Russischer Soldat in Grosny

TSCHETSCHENIEN

Täuschende Normalität

Rollenwechsel in der abtrünnigen Kaukasusrepublik: Seit vergangener Woche übergibt der russische Inlandsgeheimdienst FSB Schritt für Schritt seine Vollmachten an die Polizei. Das Polit-Manöver des Kreml soll Normalität vortäuschen. Die wichtigsten Rebellen seien vernichtet, andere würden ihre Waffen abgeben, behauptet General Jewgenij Abraschin, der von Moskau eingesetzte Militärkommandeur. Die internen Lageberichte der Armee zeichnen dagegen ein völlig anderes Bild: In den umkämpften Süden werden wieder russische Eliteeinheiten der Luftlandetruppen geschickt, erneut wird dort auch schwere Artillerie stationiert. Kein Wunder, dass Moskau ausländischen Beobachtern den Zugang weiter vehement verwehrt. Die Tschetschenien-Berichterstatter des Europarats, der Moskaus Kaukasuspolitik scharf kritisiert, sind bereits vor Ort unerwünscht. Auch der Deutsche Rupert Neudeck, der in Grosny humanitäre Hilfsaktionen organisieren wollte, wurde erneut gestoppt. Der frühere Cap-Anamur-Chef hatte sich am 6. Januar gemeinsam mit Autor Günter Wallraff und Ex-Arbeitsminister Norbert Blüm dorthin auf den Weg gemacht. Schon auf dem Moskauer Flughafen wurde den Männern die Einreise verweigert, trotz gültiger Visa. Selbst eine Intervention von Außenminister Joschka Fischer beim russischen Kollegen Igor Iwanow blieb bis heute ohne Erfolg – die von Iwanow versprochenen neuen Visa werden weiter sabotiert. In einem Brief an Fischer beschwert sich Blüm: Die Russen hielten nicht einmal „bestimmte Regeln normalen zwischenstaatlichen Anstands“ ein.